

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

14.5.1930 (No. 112)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Mendel,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und beworben werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontaktsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Ersatzleistung übernommen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Untertanige Zuschriften werden nicht zurückgegeben. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

23 Milliarden Ausgaben in Deutschland

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung

WD. Berlin, 14. Mai (Tel.) Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärte heute im Reichshaushaltsausschuß in einer großen Rede neben den übrigen Fragen der Sozialversicherung auch die notwendige Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Er führte dabei aus, gegen eine dauernde Beitragserhöhung habe er starke Bedenken, eine vorübergehende Beitragserhöhung werde sich aber angeht, die zu erwartenden großen Steigerungen der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre nicht vermeiden lassen. Diese Erhöhung werde sich nicht auf ein Viertelprozent beschränken können, sondern müsse größer sein.

Im einzelnen führte der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald u. a. aus: Gegenwärtig treten an mich vier Gruppen heran mit Wünschen, die größere Mehrausgaben erfordern würden, und zwar die Arbeitslosen, bestimmte Gruppen der Invalidenrentner, die Kleinrentner und die Kriegsbeschädigten. Die öffentlich-rechtlichen Gesamtausgaben (Reich, Länder, Provinzen, Gemeinden, Sozialversicherung, Kirchen usw.) betragen rund 23 Milliarden Reichsmark. Davon haben wir auf gut drei Milliarden, die für Reparationsleistungen und Schuldentilgungen und -verzinsung benötigt werden, in den ersten Jahren keinen Einfluß. Die restlichen 20 Milliarden Reichsmark Ausgaben entfallen auf folgende Positionen: Sozialversicherung 6 Milliarden, Kriegsbeschädigtenfürsorge (ohne Offizierspensionen und ohne Versorgung der neuen Wehrmacht) 1,4 Milliarden, Wohlfahrtspflege 1,3 Milliarden, Wohnungswesen 1 Milliarde, Gesundheitswesen 0,5 Milliarden, Beamtenpensionen und Hinterbliebenenwesen 0,5 Milliarden, Beamtengehälter ohne Reichsbahn und Reichspost, die dafür 2,5 Milliarden verausgaben, 5,25 Milliarden, so daß für soziale Zwecke, allgemeine Fürsorge, Beamtenpensionen und Gehälter 8,8 Prozent aller öffentlich-rechtlichen Ausgaben benötigt werden. Der Rest von etwa 8,8 Milliarden Reichsmark wird aufgewandt für Land- und Wasserstraßen mit 1,5 Milliarden Reichsmark, für Industrie und Landwirtschaft 400 Millionen Reichsmark, an Sachausgaben für kulturelle Zwecke, innere Verwaltung, Finanzverwaltung, Justiz, Meer, Polizei 1,4 Milliarden.

Aus öffentlich-rechtlichen Mitteln bekommen gegenwärtig Renten oder Unterhaltungen (die renten- und unterstützungsberechtigten Familienangehörigen einbezogen) Arbeitslose 4,2 Millionen, Rentner aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung 3,8 Millionen, Kriegsbeschädigte 3,4 Millionen, Wohlfahrtspflege 1,5 Millionen, Unfallrentner 1 Million, Rentniere 1 Million, zusammen 14,9 Millionen. Abzüglich der Doppelzahlungen verbleiben gut 12 Millionen Personen oder nahezu 20 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung, die Zuwendungen aus öffentlich-rechtlichen Mitteln erhalten. Diese Zahl ist in Wahrheit größer, weil bei den Beamtenpensionären und deren Familien sowie Hinterbliebenen genaue Ziffern nicht zu ermitteln sind.

Von den Ausgaben der Sozialversicherung entfallen etwa 40 bis 50 Prozent auf Ärztehonorare, Arznei, Heilbehandlung, Wohnungshilfe, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, werkschaffende Arbeitslosenfürsorge, Verwaltung usw. — alles Ausgaben, die mit Rentenpflege nichts zu tun haben — so daß auf Renten und Unterhaltungen in der gesamten Sozialversicherung, einschließlich der Arbeitslosen und Kranken, etwa 3,5 Milliarden Reichsmark entfallen, während die Beamtenpensionäre, die Kriegsbeschädigten und die Kleinrentner, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, etwa 4,4 Milliarden Reichsmark an Renten und Unterhaltungen beziehen.

Von den 20 Milliarden Reichsmark Ausgaben, ließen sich allerlei Ersparnisse machen, wenn eine Stelle, beispielsweise Reichsregierung und Reichstag, über diese Mittel nach einem einheitlichen Willen und einheitlichen Gesichtspunkten Anordnungen treffen könnte.

Über diese Ausgaben verfügen das Reich, 17 Länder, über 60 000 Gemeinden, 7500 Krankenkassen, 106 Berufsgenossenschaften, 35 Lebensversicherungsanstalten usw. In diese Dinge einzudringen soll Aufgabe mehrerer Ausgabenreduzierungsgefesetze sein, die demnächst dem Reichstag zugehen werden.

Im Mittelpunkt steht seit einem Jahr das Arbeitslosenproblem. 1930 dürfte die Arbeitslosigkeit wesentlich größer sein als 1929, schon weil 1930 für die Bauwirtschaft 2 Milliarden Reichsmark weniger zur Verfügung stehen als im Vorjahr.

Ein Stresemann-Denkmal in Bayern.

Am Samstag wurde im Park des zwischen Bayreuth und Bamberg am Nordrand der Fränkischen Schweiz gelegenen Schlosses Freienfeld ein Denkmal für den verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann enthüllt. Der Stifter dieses Denkmals, des ersten in Deutschland, ist der Besitzer des bekannten Schlosses, der sächsische Großindustrielle und vormalige sächsische Landtagsabgeordnete Geh. Kommerzienrat Edmund Meinel-Langenberg, der mit Stresemann eng befreundet war. Das Denkmal zeigt ein in Bronze gegossenes, lebensgroßes Relief des Bestorbenen. Es ist ein Werk des Berliner Erzgießers Hans Martin.

Rückgang in der amerikanischen Ausfuhr.

Das Washingtoner Handelsdepartement gibt bekannt, daß in den ersten vier Monaten des Jahres 1930 die Ausfuhr amerikanischer Produkte im Durchschnitt um 20 Prozent zurückgegangen ist. Während der letzten Jahre ist der Verkauf amerikanischer Waren an das Ausland in den gleichen Monaten niemals so gering gewesen wie diesmal. Bei Automobilen beträgt der Rückgang sogar 50 Prozent.

Letzte Nachrichten

Wiederzusammentritt des Reichstags

Die zweite Beratung des Etats
WD. Berlin, 14. Mai (Tel.) Der Reichstag tritt morgen Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, wieder zusammen, um nunmehr die zweite Beratung des Etats für 1930 in Angriff zu nehmen.

Der Haushaltsausschuß hat bereits eine große Anzahl von Einzelentscheidungen erlassen, darunter die Etats der Reichsmehr und -marine, den Justizetat, den Etat des Verkehrsministeriums und den Etat des Wirtschaftsministeriums. Auf der Tagesordnung der morgigen Reichstagsitzung steht zunächst die erste Beratung einiger Gesetzesentwürfe, so der kleinen Justizreform, der Gesetzesentwürfe über steuerliche Erleichterungen zur Verbilligung der Kreditversorgung der Wirtschaft, über die Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen usw.

Die zweite Beratung des Etats beginnt dann mit den Etats des Reichspräsidenten und des Reichsjustizministeriums beraten, in Verbindung damit das von einigen Parteien beantragte Überleitungsgefesetz für die Strafrechtsreform.

Auslandsreise des Kreuzers „Karlsruhe“

WD. Kiel, 14. Mai (Tel.) Der Schulkreuzer „Karlsruhe“, der die bisher vom Kreuzer „Emden“ durchgeführte Aufgabe, die Ausbildung des Offiziersnachwuchses der Reichsmarine, übernehmen soll, wird zur Zeit in Kiel für seine erste Auslandsreise ausgerüstet, die er am 19. Mai antreten wird. Die Reise führt durch das Mittelmeer, Rotes Meer, um Afrika herum nach der Ostküste Südamerikas, von wo aus der Rückweg über Spanien angetreten wird. Die Rückkehr wird noch vor Weihnachten erfolgen.

Die Pariser Postangestellten drohen mit Streik

WD. Paris, 14. Mai (Tel.) Gestern ist es im Pariser Haupttelegraphenam wieder zu Kundgebungen der Angestellten gekommen, die über eine Stunde lang durch Arbeitseinstellung ihrem Unwillen über die zu geringe Entlohnung Ausdruck gaben. Am Abend fand an der Arbeitsbörse eine Versammlung sämtlicher Angestellten der Pariser Post- und Telegraphenämter statt, in der eine Entschließung angenommen wurde, die sogar den Generalstreik in Aussicht stellt, falls den Lohnforderungen der Angestellten keine Rechnung getragen würde.

Ergebnislose britisch-arabische Besprechungen

WD. London, 14. Mai (Tel.) Aus einer Erklärung des Kolonialamtes geht hervor, daß die gestern beendeten Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Regierung und der arabischen Abordnung aus Palästina ergebnislos verlaufen sind.

Ein antimonarchistischer Block in Spanien

WD. Madrid, 14. Mai (Tel.) Der Organisationsausschuß der Republikanischen Partei ist gestern zusammengetreten, um die von der Republikanischen Allianz zur Verschmelzung beider Verbände gemachten Vorschläge zu prüfen. Diese Vorschläge wurden angenommen. Der neue Verband wird sich nun an die Sozialistische Partei, die Arbeitergewerkschaften kommunistischer Richtung, und den Allgemeinen Arbeiterverband wegen der Bildung eines antimonarchistischen Blocks wenden.

WD. Paris, 14. Mai (Tel.) Nach einer Agenturmeldung aus Granada drang eine Gruppe von Studenten gestern in das Amphitheater der Universität ein und schlug dort Plakate mit der Aufschrift an „Es lebe die Republik!“ Die Studenten zogen darauf auf die Straße und warfen sämtliche Fensterscheiben des Jesuitenhauses mit Steinen ein.

Hungerstreik in Indien

WD. Ahmedabad (Indien), 14. Mai (Tel.) Im Gefängnis von Sabarmati sind zahlreiche politische Gefangene, darunter Vallabhai, Patel, in den Hungerstreik getreten.

Neues Grubenunglück in Oberschlesien

WD. Gleiwitz, 14. Mai (Tel.) Auf der zum Döhringen-Bergbau gehörenden Zechenanlage Sosniga in Gleiwitz ereignete sich gestern ein schweres Unglück, das höchstwahrscheinlich drei Todesopfer forderte. Im Heineis-Flöz ging ein Weiler zu Bruch, wodurch drei Mann verunglückten. Auf der 365-Meter-Sohle des Andreas-Flözes der Concordia-Grube, auf der sich am Montag die schwere Schlagwetterkatastrophe ereignete, verunglückte am Dienstag durch giftige Gase der Maschinist Kurt Schmidt aus Sorau (M.) tödlich. Von den drei Schwerkverletzten, die die Schlagwetterkatastrophe auf der Concordia-Grube am Montag forderte, ist gestern nachmittag ein Bauer seinen Verletzungen erlegen.

Wieder eine Erdbebenmessung.

Die Seismographen des naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten heute nacht 1,02, 14 Uhr einen kräftigen Erdstoß in einer Entfernung von circa 400 Kilometern.

Die Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer

Von Hermann Hagen (Karlsruhe)

Auf Grund des Artikels 14 des Finanzgefesches vom 16. April (GBl. 31) werden „die den Beruf selbständig oder zum Teil als Festbesoldete ausüben, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, staatlich geprüfte Dentisten, Tierärzte, Architekten, Ingenieure und Geometer“, zur Gewerbesteuer im Sinne der Paragraphen 50a und 50b herangezogen; soweit es sich dabei um (teilweise) festbesoldete Angehörige dieser Berufe handelt, kommt die Gewerbesteuer nur für das über die feste Besoldung hinausgehende Berufseinkommen in Betracht.

Was besagt das Gefesetz nun hinsichtlich der Gewerbesteuer?

Der Gewerbeertrag als solcher wird nach den Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes (bzw. des Körperchaftsteuergesetzes) über das Einkommen aus Gewerbebetriebe und dessen Ermittlung festgestellt. Von dem so festgestellten „Einkommen“ werden abgesetzt der auf das eigene, gewerblich genutzte Grundvermögen entfallende Ertrag, läßt sich dieser Ertrag nicht ohne weiteres genau feststellen, so werden 4 v. H. des (gemäß § 62 um 30 Proz. ermäßigten) Steuerwertes des Grundvermögens vom Gewerbeertrag abgesetzt, ferner bei allen natürlichen Personen mit einem steuerpflichtigen Gewerbeertrag von nicht mehr als 10 000 RM ein fester Betrag von 2500 RM. Demgegenüber werden dem Gewerbeertrag zugefchlagen:

- a) die Sonderleistungen nach § 17 des Einkommensteuergesetzes (also Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden-, Arbeitslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen gezahlt hat; Beiträge zu Sterbekassen für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen; Versicherungsprämien, die für Versicherungen des Steuerpflichtigen und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, Ausgaben für Fortbildung in dem Berufe, den der Steuerpflichtige ausübt, Kirchensteuern, Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsverbänden sowie zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, Zuwendungen an Unterhaltungs-, Wohlfahrts- und Pensionskassen), wobei noch bemerkt wird, daß der Zuschlag auf den steuerpflichtigen Gewerbeertrag natürlich nur in dem Umfang erfolgt, in welchem Beträge die Sonderleistungen bei der Veranlagung zur Einkommensteuer abgesetzt wurden, d. h. mit anderen Worten, Aufwendungen der vorbezeichneten Art werden bei der Feststellung des Gewerbeertrages nicht als abzugsfähig betrachtet, während sie demgegenüber bei der Einkommensteuer im Rahmen des § 17 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes abzugsfähig sind; bei Körperchaftsteuerpflichtigen Unternehmungen gilt hinsichtlich der Heranziehung zum Gewerbeertrag sinngemäß daselbe bezüglich der Bestimmungen in §§ 13 und 14 des Körperchaftsteuergesetzes,
- b) die Zinsen für die nicht unmittelbar aus dem laufenden Geschäftsbetrieb herrührenden Schulden, und zwar auch dann, wenn etwa die Geschäftsschulden selbst am umlaufenden Betriebsvermögen nur zum Teil abgezogen worden sind, weil sie größer sind als das umlaufende Betriebsvermögen. (Zu dem Begriff „unmittelbar aus dem laufenden Geschäftsbetrieb herrührende Schulden“ wird bemerkt, daß zur Entscheidung der Frage, ob eine Schuld hierher zu rechnen ist, nicht die Schuldform, sondern der Zweck der Schuld ausschlaggebend ist, nämlich ob das hereingekommene Geld ausschließlich für den laufenden Geschäftsbetrieb nutzbar gemacht wird. Es können hier- nach gegebenenfalls auch Hypothekenschulden zu den laufenden Geschäftsschulden gehören, insbesondere gegenwärtig, wo ohne dingliche Sicherung Kredit vielfach — auch für kürzere Zeit — nicht zu erhalten ist. Für die Regel spricht allerdings bei Hypothekenschulden die Vermutung gegen den Charakter als laufende Geschäftsschuld; den Gegenbeweis hat der Steuerpflichtige zu führen. Wird die Schuld eingegangen, um fremdes Kapital dem Betrieb auf längere Zeit zuzuführen, also insbesondere zur Erweiterung des Geschäfts, Verfrachtung des Betriebskapitals oder zu sonstigen Verbesserungen, so handelt es sich in keinem Fall um laufende Geschäftsschulden).

c) die Gewerbesteuer, soweit sie aus dem Ertrag bezahlt oder in der Bilanz zurückgestellt sind (es kommen also diejenigen Steuerbeträge in Frage, die von dem in Rede stehenden Ertrag tatsächlich abgesetzt sind oder für die eine entsprechende Rückstellung gemacht ist, für welchen Zeitraum die Steuern geschuldet werden, ist gleichgültig); d) der Mietzins oder Pachtzins für das dem Gewerbebetrieb dienende, gemietete oder gepachtete Betriebsvermögen.

Soweit die unter b bis d genannten Abzüge für die Reichsteuern erst am Gesamteinkommen vorgenommen werden, als in dem Einkommen aus Gewerbebetrieb (im Sinne des Einkommensteuergesetzes) noch enthalten sind, unterbleiben die Zuschläge natürlich; es gilt hier sinngemäß daselbe, was zu Ziffer a (am Ende) gesagt wurde.

Die staatliche Gewerbebeitragssteuer für die Rechnungsjahre 1930 und 1931 beläuft sich von je 100 RM Gewerbebeitrag:

- a) von den ersten angefangenen oder vollen 4000 RM 1,50 RM
- b) von den nächsten angefangenen od. vollen 7000 RM 3,— RM
- c) von den nächsten angefangenen od. vollen 10 000 RM 4,13 RM
- d) von dem Mehrbetrag 5,70 RM

3. B. ein Arzt habe einen „Gewerbebeitrag“ von 23 000 RM, dann berechnet sich die Steuer wie folgt:

- 1. für 4 000 RM 1,50 RM Steuer von je 100 RM = 60 RM
- 2. für 7 000 RM 3,00 RM Steuer von je 100 RM = 210 RM
- 3. für 10 000 RM 4,13 RM Steuer von je 100 RM = 413 RM
- 4. für 2 000 RM 5,70 RM Steuer von je 100 RM = 114 RM

zus. 797 RM

Die Gemeinde- und Kreissteuer, welche nach denselben Grundsätzen berechnet wird (d. h. die Finanzämter haben die entsprechenden Veranlagungszahlen den Gemeinden mitzuteilen) ist naturgemäß verschieden hoch, je nachdem wieviel „Hundertteile“ festgesetzt werden. Der Steuergrundbetrag für Gewerbebeitragssteuer beläuft sich auf 3 RM von je 100 RM Ertrag. Bei der Gemeinde- und Kreissteuer braucht eine Staffelung — wie bei der Staatssteuer — nicht vorgenommen zu werden, doch ist auch (unter gewissen Voraussetzungen wenigstens) eine Abstufung möglich. Werden also beispielsweise 155 Hundertteile und von der Gemeinde eine Abstufung nicht beschlossen, so beträgt die Gewerbebeitragssteuer einheitlich für je 100 RM 4,85 RM.

Rundflug eines Riesenflugzeuges

Das größte Landflugzeug der Welt, die „Junkers G 38“, hat heute, Mittwoch morgen, von Dessau aus einen Rundflug durch Deutschland angetreten. Die Maschine schlug die Richtung Magdeburg—Hamburg ein. An Bord befinden sich 20 Personen, darunter fünf deutsche Journalisten.

Der Sonderberichterstatter des WTB, der an dem Flug teilnimmt, schildert in seinem über Berlin abgeworfenen Bericht den Flug bis Berlin folgendermaßen: Am Mittwoch früh um 5.56 Uhr, erfolgte in Dessau der Start. Nach wenigen Augenblicken erhob sich der silbergraue Riesenvogel in die Luft und brauste mit 150-Kilometer-Geschwindigkeit, gezogen von vier gewaltigen Propellern, von denen die zwei inneren (sogenannte Kreuzpropeller) vier Flügel haben. Der Himmel war bedeckt; nur ab und zu vermochte die Sonne mit einigen Strahlen die Wolken zu zerreißen. Das Flugzeug schlug zunächst die Richtung Magdeburg ein, das wir in einer Höhe von 500 Meter nach 22 Minuten passierten. Man sah, wie allmählich überall das Leben erwachte, die Menschen an die Arbeit gingen und der Verkehr die Straßen und Plätze belebte. Je weiter wir nach Norden flogen, desto mehr stellte sich Nebel ein, der, wenn er in besonders dichten Schwaden auftrat, den „Himmel aus Erden“ vorkäufte. Bald nach 7 Uhr überquerten wir den Nordsee Küsten, wonach, da sie ungenügend lauteten, von der Flugleitung beschlossen wurde, Hamburg und Bremen nicht anzufliegen, sondern sich nach Hannover zu wenden. Im übrigen nimmt der Flug einen wunderbaren Verlauf. Man sieht wie im D-Zug oder noch besser als im D-Zug. Man spürt lediglich das Vibrieren der Flugmaschine, während das Geräusch der tausenden Motore kaum stärker ist als etwa in einem Autobus. Keine Kurve, kein Bremsen hört den Passagier in seinem bequemen Lederessell. Gleichmäßig zieht der Riesenvogel, gelenkt von den sicheren Händen der beiden Piloten Zimmermann und Schinzinger, seine Bahn. Noch einmal wird die Änderung der Richtung erforderlich. Schlechte Wettermeldungen aus West- und Süddeutschland geben Veranlassung zur Kursänderung nach Berlin und Breslau.

WTB, Stettin, 14. Mai. Das Großflugzeug „G 38“ flog auf seinem Deutschlandflug um 11.10 Uhr von Berlin kommend über den Flughafen und die Stadt Stettin. Ein kleineres Flugzeug, das auf dem Flughafen startete, begleitete das Großflugzeug, das sich in Richtung Hamburg entfernnte.

Im Gelsenkirchener Stadtteil Erie kam es am Dienstag am späten Abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitlosen und Bergleuten. Polizeibeamte, welche die Ruhe wieder herzustellen versuchten, wurden von den Raufhütigen angegriffen und stark bedrängt, so daß sie von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußten. Der Arbeiter Heinrich Red wurde durch einen Schuß auf der Stelle getötet, während sein Bruder Ernst durch einen Schuß schwer verletzt wurde.

Der Staatspreis der Baden-Badener Kunstausstellung

Am 28. April 1930 tagte die Jury zur staatlichen Prämierung der besten Arbeit (Malerei oder Plastik) in der diesjährigen Baden-Badener Kunstausstellung. Als solche wurde einstimmig das „Stilleben mit Fischen“ von Dr. Alb. Hau-eisen, Professor an der Landeskunstschule Karlsruhe, erkannt. In Anbetracht des allgemein schweren Existenzkampfes, der Künstler hat jedoch die Jury im Einverständnis mit dem Preisrichter beschlossen, den ausgefallenen Staatspreis von 800 RM an drei freischaffende Künstler auf Grund ihrer in der Ausstellung befindlichen Arbeiten zu gleichen Teilen weiterzugeben an: 1. Kunstmaler A. Kutterer (Gemüsefeld), 2. Kunstmaler Theod. Busz (Mutter und Kind), 3. Bildhauer Fritz Hofmann (Mädchenbildnis).

Dr. h. c. Helene Lange f. Dr. h. c. Helene Lange, die Veteranin der Frauenbewegung, verschied Dienstag abend in Berlin nach langem Leiden, im Alter von 83 Jahren.

Die Young-Anleihe

Die Mobilisierung des ersten Abschnitts

WTB, Basel, 14. Mai. (Tel.) Der für die Behandlung der Fragen der Emission der Obligationen der BZB vom Verwaltungsrat eingesetzte Sonderausschuß beendete gestern abend seine Arbeiten, indem er ein ausführliches Programm für die Emissionsarbeiten ausarbeitete. Gemäß Beschluß des Komitees würde sich die Bankleitung genau an die Bestimmungen des Youngplans halten und Geldmittel auf den Markt bringen, die in der Währung des Landes, in dem sie ausgeben werden, gezeichnet und zurückgezahlt werden sollen.

Dieses Programm wird am Donnerstag den Vertretern der Bankiers und Schatzämter vorgelegt werden und dürfte nur noch geringe Abänderungen erfahren, so daß die Emissionen bis Ende der Woche geklärt sein werden. Inzwischen wird die Bank keinerlei Mitteilungen über die genaue Art der Emission herausgeben, bevor der Zeitpunkt der Emission der Obligationen, der auf Ende Mai vorgezogen ist, bestimmt ist. Am Tage der Eröffnung der Bank, also am 17. Mai, wird das Gesamtpersonal der Bank 13 Beamte umfassen; es sollen aber sofort eine ganze Reihe weiterer Ernennungen erfolgen. Für 24 Stellen, die für eine weitere Befestigung in Frage kommen, liegen bereits 9000 Bewerbungen vor. Erst im September d. J. wird die Bank ihr Personal in erheblichem Umfang vergrößern.

Die „Neue Zürcher Ztg.“ berichtet, die größte Schwierigkeit, die zwischen den Vertretern der verschiedenen Schatzämtern bestehe, bezöge sich auf die Sondergarantie, für die 100 Millionen Dollar der insgesamt 300 Millionen Dollar betragenden Anleihe, die Deutschland vorbehalten sind, und deren Ausnießer die Deutsche Reichsbahn sei. Man verlange für diesen Teil der Anleihe Sondergarantien von Deutschland, während die übrigen 200 Millionen Dollar gemäß dem Youngplan durch die ungedeckten Zahlungen Deutschland garantiert seien.

Die Vertreter Deutschlands seien jedoch der Hoffnung, daß besondere Pfänder für diesen Teil der Anleihe nicht notwendig seien, die Unterfrist Deutschlands genüge angefaßt seiner gegenwärtigen Finanzlage durchaus. Die Delegierten der anderen Länder hätten jedoch hervorgehoben, daß die 100 Millionen Dollar an die Reichsbahn abgeführt würden, die im übrigen deren Verzinsung und Tilgung zu gewährleisten habe, und daß es daher logisch sei, wenn die Reichsbahn an der Garantie teilnehme.

Wie weiter verlautet, ist das Gehalt des Generaldirektors der BZB auf 30 000 Dollar, dasjenige des stellvertretenden Generaldirektors auf 25 000 Dollar und dasjenige der anderen Direktoren auf 20 000 Dollar festgesetzt. (1)

Die politischen Besprechungen in Genf

Unterredung Briand-Curtius

Auch der zweite Tag der Ratstagung in Genf, der Dienstag, stand im Zeichen der politischen Besprechungen zwischen einigen Staatsmitgliedern. Soweit diese Besprechungen deutsche Fragen betreffen, ist zunächst — wie aus Genf berichtet wird — die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß eine der schwierigsten obersten politischen Fragen durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die ihren vorläufigen Abschluß in einer persönlichen Unterredung zwischen den Ministern Curtius und Jaleski gefunden hat, wenigstens soweit geregelt worden ist, daß sie in dieser Session den Rat nicht mehr zu beschäftigen braucht.

Die Besprechungen zwischen Briand und Curtius haben den erwarteten Verlauf genommen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die beiden Außenminister am Schluß ihrer Unterredung den ihnen nahestehenden Pressevertretern gegenüber die gleichlautende Feststellung gemacht haben, die Besprechung sei ganz im Streifenmännchen Geiste geführt worden. Im Mittelpunkt der Unterredung stand die Saarfrage, die in den Barrieren Verhandlungen bis heute nicht die Entwicklung genommen hat, wie sie von Deutschland, insbesondere von der Saarbevölkerung, mit Recht erwartet werden kann. Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen durch die Unterredung einen neuen Impuls erfahren. Sie sollen in der Tat so beschleunigt werden, daß ihr Ergebnis im September vor den Völkern gebracht werden kann.

Das die sogenannte Bahnschutztruppe inzwischen endgültig abgebaut sein muß, ist eine Selbstverständlichkeit, der auch Briand heute in keiner Weise widersprochen hat. Dasselbe galt von dem Räumungstermin des Rheinlandes am 30. Juni, der gleichfalls vom französischen Außenminister nicht im geringsten in Zweifel gestellt wurde. Der Briand'sche Plan einer europäischen Wirtschaftsföderation, für die sich Deutschland natürlich auch interessiert, ist in der Unterredung gleichfalls berührt worden, ohne daß es allerdings zur Erörterung von Einzelheiten kam.

Fritjof Nansen

In Oslo ist der berühmte Nordpolforscher Dr. Fritjof Nansen am Dienstag im Alter von 69 Jahren gestorben.

Dr. Fritjof Nansen hat sich schon in verhältnismäßig jungen Jahren einen Namen als Polarforscher erworben. 1861 geboren, war er nach dem Studium der Zoologie als naturwissenschaftlicher Konservator am Museum in Bergen tätig. Im März 1882 unternahm der 21jährige Zoologe mit einem Robbenfänger seine erste Fahrt in die Gegend des Polarkreises. 1888 durchquerte er, begleitet von Kapitän Eversdrup, das im Innern unerforschte Grönland, eine der schwierigsten Forschungsreisen, die je ausgeführt wurden.

Im Juni 1893 trat Nansen dann die Ausreise mit der „Fram“ zu seiner weltberühmten Nordpolfahrt an. Sein Plan war, sein Schiff einzufrieren und mit der Eisdrift über den Nordpol treiben zu lassen. Im März 1896 verließ Nansen das Schiff, um in Begleitung des Leutnants Johannsen auf einer Landexpedition den Nordpol zu erforschen. Unter ungeheuren Strapazen erreichten die beiden Forscher Franz-Joseph-Land und trafen im Juli 1896 wieder in Norwegen ein. Das Ergebnis dieser und der vorhergehenden Polarreisen hat Nansen in einer Reihe großer Werke niedergelegt. Seit 1897 war Nansen dann Professor an der Universität Oslo, im Jahre 1900 leitete er eine norwegische Südpolexpedition und wurde 1901 Leiter eines internationalen Laboratoriums für Meeresforschung.

Ingeachtet seiner regen wissenschaftlichen Betätigung, die ihn noch auf zahlreiche Forschungsreisen führte, beschäftigte sich Nansen auch mit Politik. Während der Trennungsbewegungen Norwegens von Schweden trat er 1905 zum ersten Male hervor. Von 1906 bis 1908 war er Gesandter Norwegens in London. Während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege bemühte sich der große Polarforscher vielfach in Hilfswerken für die leidende Menschheit. 1921 wurde ihm für seine Verdienste auf diesem Gebiet der Nobelpreis verliehen. Nansen ist auch einer der eifrigsten Befürworter des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gewesen.

Kundgebung der Pfälzer Hybridenbauern

3000 südpfälzische Winger in Germersheim

In Germersheim versammelten sich am Dienstagvormittag etwa 3000 südpfälzische Hybridenpflanzer, die durch eine Abordnung dem Bezirksamt eine Entschädigung mit bestimmten Forderungen überreichten. In der Nähe des Bezirksamtes waren Versammlungen unter freiem Himmel verboten worden. Ein größeres Gendarmenaufgebot sorgte für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. In den Versammlungen sprachen der badische Reichstagsabgeordnete Julier und mehrere pfälzische Bauernführer.

Es handelt sich um einen Brief des Strafbescheide, die das Amtsgericht Germersheim dieser Tage gegen 400 Amerikanerhybridenpflanzer der Südpfalz wegen verbotswidrigen Anbaus von Hybridenreben erlassen hatte.

Aber den Protestmarsch der südpfälzischen Hybridenbauern nach Germersheim, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Am Montagvormittag erschien eine Abordnung der Hybridenpflanzer bei dem Vorstand des Bezirksamtes Germersheim und übergab eine Entschädigung zur Hybridenfrage, in der ersucht wurde, zu veranlassen, daß bei der morgigen Kundgebung, die nicht mehr abgesetzt werden könne, von Seiten des Staatsministeriums die Zustimmung vorliege, daß alle bestehenden Anlagen, auch die von 1930, bestehen bleiben, daß für die Zukunft der Hybridenanbau in beschränktem, für die Hybridenpflanzer erträglichem Maße gestattet werde, und das Justizministerium ersucht werde, auf dem Wege der Amnestie allgemeinen Straferlass für die Hybridenpflanzer zu gewähren. Das Bezirksamt Germersheim sah sich veranlaßt, ein Verbot öffentlicher Umzüge und für gewisse Strafen im Innern der Stadt in einem engeren Umkreis um das Bezirksamt ein Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel für den 13. Mai zu erlassen. Ein Gendarmenaufgebot sorgte für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Am Dienstag versammelte sich nun eine große Anzahl von Hybridenpflanzern und sonstigen Demonstranten in Germersheim, deren Zahl auf etwa 3—4000 geschätzt wird. Eine Abordnung der Demonstranten wurde im Bezirksamt empfangen. Sie hatte Gelegenheit, die Wünsche vorzutragen, deren Weiterleitung an das Staatsministerium zugesagt wurde.

Unter diesen scharten sich auf dem Leutpoldplatz die Versammlungsteilnehmer um ihre Führer. Querst sprach der badische Reichstagsabgeordnete Julier über die Hybridenfrage in Baden und Hessen und betonte, die badische Regierung sei nicht so hartnäckig gewesen, wie die bairische. Auch hätten sich die badischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten den Standpunkt der badischen Hybridenpflanzer zu eigen gemacht. Bauernführer Landwirt Wüst (Winden) bedauerte, daß man bei der Staats- und Reichsregierung nicht erhört worden sei und proklamierte den Kampf für Freiheit und Recht. Wiggers (Landau) verlas dann die bereits erwähnte Entschädigung.

Die Versammelten zogen anschließend zum Saalbau, um das Ergebnis der Verhandlungen ihrer Abordnung abzuwarten. Der Staatsregierung wurde telegraphisch mitgeteilt, daß 4000 Pfälzer Hybridenbauern in den Straßen Germersheims bewaffneter Gendarmen gegenüberstehen und nicht eher auseinandergehen, bis die bairische Regierung eine Antwort gebe. Geschäftsführer Wiggers schloß die Versammlung, in dem er an die Ruhe und den Ordnungssinn der Bauern appellierte. Das Versammlungsergebnis im engeren Umkreis des Bezirksamtes blieb während der ganzen Zeit der Versammlung sichergestellt. Im übrigen ist es zu einer Störung der öffentlichen Ordnung nicht gekommen.

WTB, Germersheim, 14. Mai. (Tel.) Über den gestrigen Aufmarsch der Hybridenbauern in Germersheim sind in verschiedenen Blättern den Tatsachen widersprechende Meldungen erschienen, die sich zum größten Teil auf Gerüchte und Erzählungen unverantwortlicher Elemente stützen. So entspricht es nicht den Tatsachen, daß über die Stadt der Belagerungszustand verhängt worden sei; es war vielmehr lediglich ein Verbot öffentlicher Umzüge erlassen worden. Ebenso unwar ist das gestern verbreitete Gerücht, daß die Regierung bzw. das Bezirksamt zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung französische Gendarmen angefordert hätten. — Die beteiligten Stellen haben gegen die Verbreitung dieser in jeder Beziehung wahrheitswidrigen Behauptung ein Verfahren einleiten lassen. — Im übrigen ist der gestrige Tag vollkommen ruhig und in Ordnung verlaufen. Die Hybridenpflanzer haben in den Abendstunden die Stadt wieder verlassen.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Dienstagvormittag gegen 4 Uhr von seiner Schweizerfahrt wieder nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Auf der Fahrt wurden Zürich, Luzern, der Vierwaldstätter-, Thuner- und Brienzsee, sowie Bern und Neuchâtel überflogen.

In Frankfurt a. M. gab der praktische Arzt Dr. Neuburger aus Frankfurt, der seit Jahren Morphium war und seine Praxis nicht mehr ausübt, einem 70 Jahre alten englischen Kaufmann eine zu starke Dosis des Schlafmittels Veronal. Der Engländer liegt lebensgefährlich erkrankt darnieder. Dr. Neuburger vergiftete sich mit Zyanalkalium.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Gesetz über die Förderung des Wohnungsbauens angenommen

Abg. Berggöb (So. Volksh.) unterstreicht gleichfalls, daß die Schaffung gesunder, billiger Wohnungen für die ärmsten Volksteile unsere Hauptaufgabe sein müsse. Die heutigen Mieten für Kleinwohnungen seien unbedingt zu hoch.

Abg. Lechleiter (Komm. P.) sieht noch keine wesentliche Besserung der Wohnverhältnisse in Deutschland. Er kritisiert scharf die bisherige Wohnungspolitik und begründet verschiedene Anträge seiner Fraktion, die die restlose Verwendung der Gebäudesteuer für den Wohnungsbau.

Abg. Frau Richter (D. Volksh.) führt aus, leider sei man unter den heutigen Wohnverhältnissen gezwungen, durch mehrstöckige Häuser der Wohnungsnot zu begegnen. Es brauche aber absolut keine Mietskasernen zu sein. Die Forderung einer gesunden Bodenpolitik sei selbstverständlich zu unterstützen. Mit dem Wohnungsbau sei man in dem Augenblick auf eine schiefere Ebene gekommen, als man dazu übergang, die Gebäudesteuer nicht ausschließlich für den Wohnungsbau zu verwenden. Die Angleichung der Alt- und Neubaumiete dürfe nicht eine Mieterhöhung im Gefolge haben. Der Vorlage stimmen wir zu.

Innenminister Wittenmann

gibt dem Gesetzentwurf empfehlende Worte mit auf den Weg. Die Verhandlungen über die Aufbringung der 18 Millionen Reichsmark seien außerordentlich ausfallsreich und bereits von Erfolg gewesen. Dem kommunizistischen Redner zeigten die hunderte von Millionen, die Staat und Kommunen für den

Wohnungsbau bis jetzt aufgewendet haben, daß man nicht auf schöne Worte, sondern auf Taten für Behebung der Wohnungsnot übrig hat. Bei Auswahl der Bautypen sei man an die Landesbauordnung gehalten. Die Regierung würde nie ihre Zustimmung zum Bau menschenwürdiger Wohnungen geben. In sechs Städten (Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Pforzheim und Konstanz) standen am 1. April 1927 333 Neubauwohnungen leer.

Man sucht jetzt da zu helfen, wo die Wohnungs- und Mietersnot am dringendsten ist. Auch die Regierung würde es begrüßen, wenn der Zeitpunkt möglichst bald kommen würde, wo die Gebäudeneuerbauten wieder im alten Umfang, ihrem uralten Zweck zugeführt werden könnten. Was die rasche Hinausgabe der Gelder anlangt, so soll das Möglichste geschehen. Daß Bau- und Arbeitsmarkt aufs engste zusammenhängen, unterliegt keinem Zweifel.

Der Minister versichert, daß die im Laufe der Debatte gegebenen, wertvollen Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen seien und bittet zum Schluß, die Vorlage unverändert anzunehmen. Damit ist die Ausprache beendet.

Die vorgeschlagenen Änderungen im Haushalt der Wohnungsfürsorge werden genehmigt. Die Gesuche der Interessengemeinschaft mittel- und unterbädischer Steinhauermeister, Sig Mühlbach (Amt Bretten), sowie des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Gau 6, Karlsruhe, betr. die Notlage der Steinindustrie, ist der Regierung zur Kenntnisnahme überwiefen. Darauf wird der Gesuchentwurf betr. die Förderung des Wohnungsbaus, unter Ablehnung der kommunizistischen Ansprüche, in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung nachmittags 4 Uhr. Schluß der Vormittags-sitzung gegen 12 Uhr.

(60. Sitzung.)

D. Karlsruhe, 13. Mai 1930.

In der Nachmittags-sitzung berichtet Abg. Reinhold (Sozdem.) zunächst über die Nachweisungen in Sachen der Ausfallbürgschaft für Lieferungen nach Ausland. Dem Antrag, die Mitteilungen des Finanzministers durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, wird ohne Debatte zugestimmt.

Abg. Reinhold erstattet ferner Bericht über ein Gesuch des R. Wittig u. a. in Wallbühl, betr. die Zahlungseinstellungen der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser, Taubertshausheim. Die Gesuchsteller wünschten den Verzicht des Staates auf seine Forderungen. Die Regierung nahm im Haushaltsausschuß eine ablehnende Stellung ein, und der Antrag geht dahin, die Eingabe durch diese Erklärungen für erledigt zu erklären. — Das Haus stimmt zu.

Abg. Reinhold berichtet schließlich über ein Gesuch des Deutschen Wirtschaftsvereins, Mannheim, wegen Verwendung deutscher Ware.

Daselbe wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiefen.

Abg. Heib (Sozdem.) berichtet über eine Mitteilung des Ministers des Innern, betr. die Entziehung der Beiträge zur Invalidenversicherung. Sie wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen, ebenso eine Mitteilung des Innenministers, betr. die Hagelversicherung, worüber Abg. Schill (Zentr.) Bericht erstattet.

Abg. Heilmann (Zentr.) berichtet namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung über ein

Gesuch des Gemeinderats St. Aagen,

betr. die Aufstellung der abgeordneten Gemarkung Schwelinger Hardt. Die Gemeinde St. Aagen fühlt sich dadurch benachteiligt, daß sie bei der Aufstellung unberücksichtigt blieb. Der Ausschuß ist der Meinung, daß der Gemeinde St. Aagen Unrecht geschieht und beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme.

Abg. Böning (Komm.) spricht von einem Begräbnis erster Klasse.

Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) stellt den Antrag, das Gesuch der Regierung empfehlend zu überwiefen.

Abg. Schneider (Zentr.) erinnert an die Leistungsunfähigkeit der Gemeinde St. Aagen. Die Verhältnisse lägen deshalb eigenartig, weil St. Aagen unmittelbar an die ärarischen Hardtgemeinden grenzt. Die Zuweisung von weiterem Steuerkapital wäre der Gemeinde zu gönnen. Es handle sich darum, die alten Rechte am Hardtwalde zu respektieren und den bedürftigen Gemeinden zu helfen. Als Vorsitzender des Ausschusses glaubt der Abg. Schneider annehmen zu dürfen, daß das Finanzministerium seine Entscheidung auch bei Überweisung zur Kenntnisnahme ändern werde.

Die Abg. Dr. Schmittknecht (D. Natl.) und Hofheinz (Dem.) unterstützen den Antrag auf empfehlende Überweisung.

Innenminister Wittmann legt das Hauptgewicht auf die Begründung des Gesuchs und die einstimmige Stellungnahme des Ausschusses, die von der Regierung als empfehlende Überweisung gewürdigt werde. (Beifall.)

Der Antrag Maier wird darauf einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) berichtet über eine Eingabe der Frau A. Hartmann Witwe in Mannheim, betr. Erhöhung des Grundbetrages der Unterstützung der Witwen und Waisen in der Kaminlegerunterstützungsstelle.

Der Ausschuß beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme. Das Haus stimmt nach kurzen Bemerkungen der Abg. Hofheinz (Dem.) und Schneider (Zentr.) zu.

Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) berichtet über eine Eingabe des Verbandes badischer Fleischhauervereine, betr. die Gebühren der Fleischbeschauer.

Abg. Bauer (D. Ep.) berichtet über die Eingabe der Reichsunion reisender Schausteller und Berufsgelehrten, betr. das Gesetz vom Jahre 1892 über die Heiligung der Sonn- und Feiertage.

Das Haus beschließt für beide Eingaben Übergang zur Tagesordnung.

Es folgt die Begründung der

Förmlichen Anfrage

der Kommunisten wegen des Verbots von Umzügen, sowie Versammlungen unter freiem Himmel in der Stadt Pforzheim und im Landbezirk Pforzheim.

Die Regierungsantwort erteilt

Ministerialrat Dr. Bard.

Das Verbot wurde am 3. Februar 1930 vom Bezirksamt Pforzheim erlassen aus Anlaß der Zusammenkünfte in Pforzheim und Dietlingen. Die Regierung hält das Verbot für gerechtfertigt; es wird aufgehoben, sobald die Verhältnisse es gestatten.

Abg. Köhler (Nat. Soz.) begründet eine förmliche Anfrage der Nationalsozialisten wegen der Vorerhebungen in der Anlagensache gegen Schriftleiter Moraller u. Gen. wegen Sittenverderbung.

Es handelt sich um die Vorgänge im „Darmstädter Hof“ im Dezember vorigen Jahres.

Ministerialrat Dr. Bard

stellt in der Regierungsantwort fest, daß die erste polizeiliche Meldung der Nationalsozialisten nicht die Aussagen des Abg. Kraft enthält. Eine Abfuhr, den Sachverhalt zu verzerrern, lag nicht vor. Im übrigen wird auf die Erklärung hingewiesen, die der

Generalstaatsanwalt seinerzeit zur selben Sache im Landtag abgegeben hat.

Eine Besprechung beider Interpellationen wird nicht gewünscht.

Es folgt der Bericht des Abg. Steinel (D. Ep.), betr. die Nachweisungen über die Erledigung der während der Sitzungsperiode 1928/29 der Regierung überwiesenen Gesuche und Beschwerden.

Beanstandungen werden nicht erhoben.

Daran schließt sich die Erledigung von elf Gesuchen persönlicher Natur im Sinne der Ausschlußbeschlüsse.

Abg. Heib (Sozdem.) erstattet sodann Bericht über die gemäß § 47 des Besoldungsgesetzes vorzulegende halbjährliche Stellenübersicht. Diese wird, nachdem sich Abg. Hofheinz (Dem.) der auf Antastung wartenden Junglehrer angenommen hat, zur Kenntnis genommen.

Abg. Seubert (Zentr.) berichtet über die Abhör der Rechnungen des Rechnungshofes für 1928.

Das Haus erteilt die beantragte Entlastung.

Abg. Seubert berichtet ferner über die in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtags 1928/29 (16. Mai) und dem Zusammentritt des Landtags 1929/30 (6. November) erteilten Administrativkredite mit einer Gesamtsumme von 7 480 980 Reichsmark.

Das Haus erteilt die nachträgliche Genehmigung.

Es folgt die Begründung der

Förmlichen Anfrage

der Kommunisten über die Auswirkung des Tabaksteuer-gesetzes.

Ministerialrat Kirchgässer antwortet für den Finanzminister, daß die Regierung nichts unterlassen hat, um die Interessen der badischen Tabakpflanzer und Tabakarbeiter nach Möglichkeit zu wahren.

Eine Besprechung findet nicht statt.

Abg. Engelhardt (Zentr.) begründet die förmliche Anfrage seiner Fraktion zugunsten des

badischen Kleinbrennereiwesens.

Ministerialrat Kirchgässer antwortet, der Regierung sei bekannt, daß ausländische minderwertige Weine zu Brenn-zwecken eingeführt werden. Dem Reichsfinanzminister sei unter dem 28. April Mitteilung von der Anfrage gemacht worden, mit der Bitte, die Zollstellen anzuweisen, der Einfuhr nach Möglichkeit entgegenzutreten. Wenn Monopolspirit als Kirchschwaffer in den Handel gebracht wird, so muß die Abzugsmittelpolizei dagegen einschreiten. Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Belastung des Brennweins die tragbaren Grenzen überschritten hat. Sie wird auch fernerhin alles tun, was ihr im Interesse der badischen Kleinbrenner geistes erscheint.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß seine Fraktion im Hinblick auf die Regierungserklärung auf eine Besprechung verzichten könne.

Präsident Duffner gibt den Eingang einer Reihe von Anträgen der Opposition zum Straßengesetz bekannt, und macht Vorschläge zur Zusammenfassung des Untersuchungsausschusses für die Bauernbank, der aus 9 Mitgliedern bestehen soll. Die Parteien haben diese nunmehr zu benennen.

Nächste Plenarsitzung: Mittwoch vormittag halb 11 Uhr. — Voraus geht eine Sitzung des Haushaltsausschusses. Sitzungsschluß halb 8 Uhr.

(61. Sitzung.)

D. Karlsruhe, 14. Mai.

Da zuvor der Haushalts- und Vertrauensmännereauschuß tagen, verzögert sich der Sitzungsbeginn.

Nach Bekanntgabe der Eingänge berichtet

Abg. Seubert über die

Vergleichende Darstellung der Voranschlagsätze und Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1926 und 1927.

Der Ausschuß beantragt, die Rechnungsergebnisse für unbeanstandet zu erklären und die Überschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Abg. Hofheinz (D. Dem. P.) erklärt für die liberale Arbeitgemeinschaft, daß diese sich der Stimme enthalten werde. Der Ausschuhsantrag wird sodann mit 29 gegen 3 kommunistische Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Da der Bericht des Abg. Dr. Waldes (D. Ep.) über das Straßengesetz, wegen notwendig geworden Umarbeitung noch nicht erstattet werden kann, vertagt sich das Haus auf Donnerstag, vorm. 9 Uhr.

Rheinbrücken und Rheinregulierung

Der Hauptausschuß des Reichstags hat sich am Dienstag unter anderem auch mit der Baufrage der Rheinbrücken beschäftigt und als weitere Rate für den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Maxau und Speyer eine halbe Million Reichsmark bewilligt. Außerdem sind für die Regulierung des Oberrheins 2,4 Millionen Reichsmark genehmigt worden.

Der Spruch des Schlichtungsausschusses im Textilstreit des Albtals

Dienstag abend gegen 7 Uhr wurde vom Schlichtungsausschuß Karlsruhe im Lohnstreit der Textilindustrie des Albtals folgender Schiedspruch gefällt:

Zwischen den beiden Parteien gilt folgender Tarifvertrag: I. Zu den jeweiligen Zeitlöhnen (zur Zeit 60 Pf. in der Stunde als Spitzenlohn) werden folgende Zuschläge (Albtalzulage) bezahlt: 1. für männliche Arbeitnehmer über 25 Jahre a) in der Spinnerei und Weberei Ettlingen sowie bei der Firma Karl Wadner & Sohn, 4 Pf., b) in der badischen Baumwollspinnerei und Weberei AG. Neutrod nebst Frauenalb, 3 Pf., 2. für die weiblichen Arbeitnehmer über 25 Jahre, 1 Pf.

II. Diese Regelung gilt bis zum Abschluß eines neuen Lohn-tarifs. Mit Abschluß eines neuen Lohn-tarifs fällt die Albtal-zulage als solche weg. Bei den Verhandlungen über den Lohn-tarif, namentlich bei der etwaigen Aufstellung von Orts-klassen, sollen die Ortslöhne im Albtal berücksichtigt werden.

Pflastersteine

sowie alle einschl. Artikel vom härtesten Neckartalsandstein, liefert schnell und billig

Karl Schmelzer
Sandsteinbetriebe,
Rockenau bei Eberbach a. Neckar • Telephon 68

III. Für den Fall, daß ein Lohn-tarif bis zum 31. Dez. 1930 nicht zustande kommt, sollen zwischen den Parteien über den weiteren Abbau der Albtalzulage erneut Verhandlungen stattfinden.

IV. Die Kündigung der Arbeitnehmer sowie die Kündigung der Werkwohnungen durch die Arbeitgeber gelten mit der Rechtskraft dieses Schiedspruchs als zurückgezogen.

V. Gegenseitige Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Erklärungsfrist bis morgen früh 9 Uhr über die Nachverhandlungen über diesen Schiedspruch hat der Schlichter die beiden Parteien für morgen vormittag 9 Uhr zu sich berufen.

D. Ettingen, 14. Mai. Nach Bekanntwerden des gestern gefällten Schiedspruchs wurde auf heute früh von 6 bis 7 Uhr im Gasthaus zum „Baldhorn“ in Dudenbach eine Vertrauensleutekonferenz der Arbeitnehmer abgehalten. Die Vertrauensleutekonferenz nahm unter scharfem Protest zweiseitige Erhaltung des Wirtschaftsfriedens den Schiedspruch an.

Aus der Landeshauptstadt

Der Giftmordprozess Werner-Märkle

Belastende Aussagen der Zeugen

Im weiteren Verlauf der Dienstagverhandlung widerspricht der Angeklagte Werner in allen wesentlichen Punkten den Aussagen der Märkle. Er habe nicht mit ihr über die Wirkung des Arsen gesprochen, er habe sie nicht veranlaßt, falsche Aussagen zu machen. Den Rest der Vormittags-sitzung füllt unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Erörterung der jetzigen Verhältnisse aus. Dabei macht die Schwägerin des Angeklagten auch einige wichtige Mitteilungen über die Gründe, die zur allmählichen Zerrüttung des Familienlebens führten, und ihre tote Schwester besonders in den beiden letzten Jahren ihrer Ehe arg bedrückten. Sie betriet aber ganz bestimmt, daß ihre Schwester deshalb sich mit Selbstmordgedanken gettagen habe. Das sei schon ihrer religiösen Einstellung nach ganz unmöglich gewesen. Sie erzählt des weiteren von dem großen, nach ihrer Meinung ehrlichen Schmerz Werners beim Tode seiner Frau.

In der Nachmittags-sitzung sagt der Bruder der Verstorbenen, Hermann Schmitt, als Zeuge aus: Obgleich Werner mit seiner Frau jedes Jahr zu ihm auf zwei bis drei Wochen kam, gab es weder bei ihm, noch bei seinem Bruder, bei dem er später gelegentlich auch wohnte, je einen Streit. Koffretär Ludwig Kühn, der seit langem mit der Familie Werner befreundet ist, bestätigt, daß die Ehe äußerlich zufrieden und glücklich schien. Der Bahnarbeiter Georg Märkle, der Gatte der Angeklagten, schildert das gute eheliche Zusammenleben, und von ehelicher Untreue hat er überhaupt zum erstenmal im Falle Werner etwas gemerkt. (Dies steht im Widerspruch zu Behauptungen des Angeklagten Werner über die Zerrüttung seiner Ehe.) Der Gedanke an Werner hat ihn dann unablässig beschäftigt, weil er inzwischen doch sehr eifersüchtig geworden war. Interessant ist vor allem, daß Frau Märkle ihm schon viel früher von einem Giftschein sprach, den sie zur Vernichtung der Ratten benötige. Später wolle sie ihren Mann veranlassen, wenn nötig, anzugeben, sie brauche das Gift gegen Ratten im eigenen Keller.

Es scheint eine Lösung für das große Rätsel, das dieser Prozess nach der kriminellen und der psychologischen Seite hin aufgibt, noch nicht gefunden, immerhin hat aber der bisherige Verlauf der Verhandlung manche Zusammenhänge doch schon in ihren Umrißlinien deutlicher aufgeheilt. Auch die Befundungen der Frau Berna Ganz zu Anfang der heutigen Mitt-woch-sitzung sind für die Beschuldigten belastend. Wichtig wird ebenfalls, was Krankenwärter Josef Glaser aussagt. Bei ihm verlangte Frau Märkle ein Nattengift, wollte aber nicht die Meerzwiebel, die er ihr empfahl, sondern pulverisiertes Arsen. Sie ließ sich, trotzdem der Zeuge sie auf dessen Gefährlichkeit auch für Menschen ausdrücklich hinwies, nicht davon abraten. Auch Oberlaborant Brand, der nächste Zeuge, gab ihr dieses nicht, auch Phosphor, das er ihr empfahl, wollte sie nicht. Ferdinand Jung bekundet, daß Frau Märkle an ihn herantrat mit der Bitte, auf seinen Namen sich einen Gift-schein zu besorgen, was er aber verweigerte. Weitere Vernehmungen über Besorgung und Ausstellung des Giftscheins ergaben immer wieder, daß Frau Märkle alles daransetzte, möglichst schnell Arsen und Gift zu erhalten.

Der Hausarzt der Familie Werner, Dr. Zufall, gibt eine genaue Schilderung des Zustandes der Frau Werner, als er zu ihr in der Nacht des 4. Mai gerufen wurde. Er stellte schweren Darmkatarrh fest nach angeblichem Genuß von sterilisierten Pfirsichen und Bier. Der Mann geigte keine sonderliche Teilnahme. Dr. Zufall betont nachdrücklich, daß von ihm eine Überweisung ins Krankenhaus als zweckmäßig angeregt, aber von Werner strikte abgelehnt wurde. Auch die Verbeizung einer Krankenschwester wurde durch Werner, weil er dienstfrei sei und seine Frau allein pflegen könne, abgelehnt. Um 1/2 3 Uhr nachts fand der Arzt die Frau in den letzten Zügen. Gegen die in der Form eines Rates vorgebrachte Auf-beringung einer Sezierung erhob Werner keinen Einwand, am anderen Morgen wollte er jedoch nichts mehr davon wissen, an-geblick der hohen Kosten wegen.

Frau Eisenlohr, die jahrelang auf demselben Flur mit der Familie Werner wohnte und bei der letzten Erkrankung Frau Werner pflegte, sagte aus: In der Samstagnacht trat Wred-reiz mit starkem Hustenanfall ein, später kam großer Durst hinzu. Sonntag abend fiel der Zeugin die Ermattung auf. Montag früh bemerkte Frau Werner: „Ich kann gar nicht be-greifen, daß man in ein paar Tagen so elend wird!“ Kopf und Hände waren kalt, der Puls kaum zu fühlen. „Du wirst es doch noch erwarten können!“ war die Antwort Frau Werners, als ihr Mann die Zeugin auch auf ihre kalten Füße hinwies. Als Krankheitsursache, sagte ihr Werner, habe der Arzt Darmvergiftung festgestellt, die Körperkälte käme von dadurch bedingter Blutstauung.

Ein schwerer Unfall auf dem nassen Asphalt. Am Dienst- tagabend um 11 Uhr ereignete sich auf der Kreuzung Kriegs- und Karlstraße ein schwerer Zusammenstoß, der seine Ursache darin hatte, daß ein in westlicher Richtung durch die Kriegs- straße fahrender Personentransportwagenführer einer von rechts durch die Karlstraße kommenden Kraftdroschke das Vorfahrts- recht verjaagte, so daß die beiden Fahrzeuge zusammenstießen, dabei auf dem nassen Asphalt ins Rutschen kamen und auf dem Gehweg vor dem Alten Vinzenzshaus schwer beschädigt liegen blieben. Während sowohl der Führer des Personentransportwagens, ein Kaufmann aus Köln, wie auch der Kraftdrosch- kenführer mit heiler Haut davonkamen, erlitten die Insassen beider Wagen (zusammen vier Personen) mehr oder minder schwere Schnittwunden, Prellungen und Hautabschürfungen. Der Sachschaden beider Fahrzeuge beträgt zusammen etwa 3500 M.

bl. Allerheiligen, 14. Mai. Infolge der ununterbrochenen Regenfälle führen die Schwarzwaldbäche Hochwasser. Der Griesbach, der die Wasserfälle bei Allerheiligen speist, ist be-sonders stark angeschwollen.

Preisermäßigung der Schwarzwaldbanberkarten. Der Badische Schwarzwaldberein hat die Preise seines ausgezeichneten Wanderkartenmaterials zu Beginn der diesjährigen Wanderzeit bedeutend ermäßigt. Die Wanderkarten, welche in 12 Blättern ständig auf dem laufenden Stand durch Neuausgaben und Revisionen gehalten werden, werden unaufgezogen auf Taschengröße gefaltet in Umschlag zum Preise von 2,60 RM, gegenüber dem früheren Preis von 3,20 RM, für das Blatt verkauft.

Otto Reutter, Deutschlands populärster Humorist, dessen 60. Geburtstag kürzlich in allen Blättern, besonders aber im Radio beherrschende Würdigung fand, hat sich auf die vielen Zuschriften aus Karlsruhe hin dazu entschlossen, in seiner Vaterstadt aufzutreten. Der berühmte Künstler wird kommenden Sonntag, den 18. Mai, in der großen Festhalle einen eigenen Abend geben und hat der Konzertdirektion Kurt Reufelb das Arrangement übertragen. Als Otto Reutter vor etwa 5 Jahren zum letzten Male im Karlsruher Colosseum auftrat, war der Saal tagelang vorher ausverkauft, es ist daher empfehlenswert, sich rechtzeitig Karten zu sichern; Vorverkauf für die rechte Saalhälfte bei Kurt Reufelb, Waldstraße 81, für die linke Saalhälfte bei Schlaile, Kaiserstr. 175.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Einbruch warmer maritimer Luft auf der Südseite des neuen, heute nordwestlich England liegenden Tiefes brachte uns seit gestern Dauerregen. Die Niederschlagsmenge erreichte in den letzten 24 Stunden daher beträchtliche Werte: Ebene 20, Feldberg über 50 Liter pro Quadratmeter. Im übrigen ist es milder geworden. (Temperaturanstieg 4 bis 5 Grad gegen gestern). Auf dem Feldberg wurde heute früh 6 Grad Wärme gemeldet. Eine vom Westen heranziehende Hochdruckwelle wird voraussichtlich keine durchgreifende Besserung bringen, damit ihr weitere maritime Luft herangeführt wird. Höchstens ist mit Nachlassen der Niederschläge zu rechnen. Wetterausichten: Fortdauer der milden, aber trüben, regnerischen Witterung bei westlichen Winden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Mai		13. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,27	168,61	168,41	168,75
Kopenhagen 100 Kr.	111,99	112,21	112,01	112,23
Italien 100 L.	21,955	21,995	21,955	21,995
London 1 Pf.	20,341	20,381	20,342	20,382
New York 1 D.	4,186	4,194	4,1865	4,1943
Paris 100 Fr.	16,415	16,455	16,42	16,46
Schweiz 100 Fr.	80,94	80,110	80,99	81,15
Wien 100 Schilling	59,02	59,15	59,04	59,16
Prag 100 Kr.	12,403	12,423	12,407	12,427

Virsch Kupfer- und Messingwerke AG, Berlin. Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1929 angesichts der ungeklärten wirtschaftlichen Lage und zugunsten der Verstärkung der inneren Reserven nur eine Dividende von 7 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahre. Der Rohüberschuss beläuft sich auf 3,28 (4,11) Mill. Reichsmark. Nach Abschreibungen von 732 238 M (817 853) verbleibt ein Reingewinn von 1,06 Mill. Reichsmark gegen 1,29 Mill. Reichsmark im Vorjahre. Im Berichtsjahr wurde ein Umsatz von 46 000 T. mit einem Wert von 72 Mill. Reichsmark (i. V. 41 000 T., Wert von 67 Mill. Reichsmark) erzielt. In den letzten vier Jahren hat eine Produktionssteigerung um 80 Prozent stattgefunden. Die Kupfermengen im neuen Jahre sind, wie der Bericht mitteilt, verkauft. Am Tage des großen Preissturzes war die Gesellschaft ohne Überdeckung und hat bis heute den gleichen Stand beibehalten.

Gemeinderundschau

Die zweite Bürgermeisterstelle in Laub, die seit einer Reihe von Jahren nicht mehr besetzt war, ist zur Bewerbung ausgeschrieben worden.

Bürgermeisterwahl. In Barnhart (Amt Bühl) gaben von 680 Wahlberechtigten 554 ihre Stimmen ab. Davon entfielen 868 auf Altbürgermeister Oser, 182 auf Gemeinderat Franz Hasel. Somit ist Altbürgermeister Oser für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt.

Eine Waisenschule bei Mannheim. Das Kindererholungsheim Sandhof, das die Stadt Mannheim bekanntlich im vorigen Jahre von der Firma Lang erworben und an die Arbeitsgemeinschaft für Kindererholung weiterverpachtet hat, soll gemäß einem Beschlusse des Stadtrats, künftig zum Teil als Waisenschule für die Mannheimer Volksschulen Verwendung finden. Das Heim wurde am Montag seiner neuen Bestimmung übergeben. Die städtische Schularztstelle hat aus sämtlichen Mannheimer Volksschulen 120 erholungsbedürftige Kinder ausgewählt, deren Eltern zum größten Teil erwerbslos oder Kurzarbeiter sind.

Der Bürgerausschuß Donaueschingen hat den städtischen Voranschlag angenommen. Einem Reinerlösen der Stadt in Höhe von 3 664 583 Reichsmark stehen 728 595 Reichsmark Schulden gegenüber. Das Ausgabenbudget beläuft sich auf 883 500 Reichsmark. In der Aussprache wurde von den Parteien zum Ausdruck gebracht, daß der Voranschlag unter größter Sparsamkeit aufgestellt worden ist.

Kurze Nachrichten aus Baden

M. Mannheim, 14. Mai. Für das 15. Badische Landesturnfest, das vom 8. bis 10. August in Mannheim stattfindet, liegen bis jetzt die Meldungen von 283 Vereinen mit 6000 Teilnehmern vor. Man rechnet mit einer Gesamtbeteiligung von 8-10 000 Turnern und Turnerinnen. Für die Einzelwettkämpfe haben sich bereits 2500 Turner gemeldet, während für das Vereinsturnen heute schon 205 Vereinstriegen mit 4600 Turnern zu verzeichnen sind.

Schwezingen, 13. Mai. Die „Schweizinger Btg.“ erfährt, beabsichtigt die Reichsbahndirektion Karlsruhe das Reichsbahnausbesserungswerk Schwezingen zu schließen. Im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe befinden sich vier Ausbesserungswerke: Schwezingen (seitlich für Güterwagen und Lokomotiven), Durlach und Offenburg, nur für Lokomotiven, und Karlsruhe, für Personenzüge. 35 Arbeitern der Lokomotivabteilung des Reichsbahnausbesserungswerks Schwezingen ist schon gekündigt worden. Das ganze Reichsbahnausbesserungswerk beschäftigt 700 Arbeiter.

M. Malsch (bei Wiesloch), 14. Mai. Der vergangene Samstag war für die diesige Gemeinde ein schmerzlicher Gedentag. Es waren gerade 5 Jahre, daß beim Bahnübergang von Malsch ein Postauto von einem Schnellzug erfasst und zermalmt wurde. 11 hiesige Bürger, welche von einem Sängerkreis in St. Leon heimkehrten, fielen diesem Aufmerksam zum Opfer. Das Massengrab, das die Gemeinde den Toten errichtete, war auch am diesjährigen Gedentag von der Einwohnerschaft reich geschmückt worden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die Wirtung der Gewerkschaft Finstergrund betr. Die Mitwirkenden an den dem Bergwerksgrundbuch des Grundbuchamts Schönau i. W. eingetragenen Bergwerken Werner I-IV und Glöckauf haben vor dem Notar, Obergerichtspräsident H. Schmidt, in Pforzheim am 14. Januar 1930 nach § 80 des Badischen Berggesetzes eine Gewerkschaft gebildet, welche unter dem heutigen Tage die Bestätigung der Bergbehörde erhalten hat. Aus dem Gewerkschaftsvertrag in der nach-

folgender Beurkundung vom 2. Mai 1930 erteilten Fassung wird gemäß § 55 Absatz 2 der Verordnung vom 31. Dezember 1920, das Verfahren in Bergsachen betr., Nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. Die Gewerkschaft führt den Namen „Finstergrund“. Ihr Sitz ist Freiburg i. Br.
2. Gegenstand des Unternehmens ist der Bergbau auf silberhaltigen Bleiglanz und anfallende Nebenminerale in den Grubenfeldern Werner I-IV und Glöckauf.
3. Die Zahl der gewerkschaftlichen Anteile (Anteile) beträgt hundert.
4. Die Gewerkschaft wird durch einen Repräsentanten vertreten.
5. Die Einladung zu den Gewerkschaftsversammlungen erfolgt durch eingeschriebenen Brief mit Frist von 14 Tagen.
6. Die Bekanntmachungen der Gewerkschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

Karlsruhe, den 8. Mai 1930.

Ministerium der Finanzen
— Abteilung für Salinen und Bergbau
Raumann.

Die Beamten des Bad. Revisionsvereins, hier die Erteilung von Befugnissen.

Dem Beamten des Badischen Revisionsvereins in Mannheim, Diplom-Ingenieur Hans Nilsen in Rorschach, sind die Befugnisse eines Sachverständigen für die Prüfung von Dampfmaschinen, Baustoffen für Dampf-, von Dampf- und Druckgefäßen, Mineralwasserapparaten, Gefäßen für verflüssigte oder verflüssigte Gase und für Benzinkanalagen für das Land Baden übertragen worden.

Karlsruhe, den 12. Mai 1930.

Der Minister des Innern:
J. A. Scheffelmeier.

Zeitschriftenschau

Atlantis — Länder, Völker, Reisen. Herausgeber Dr. Martin Hürlimann (Atlantis-Verlag G. m. b. H., Berlin). — Das Werk von Atlantis wird diesmal mit einer nachdenklichen Betrachtung Heinrich Manns eingeleitet über den Geist, in dem heutige Menschen einer atemlosen Zeit auf Reisen gehen. „Haben wir den ehemals üblichen Zweck, auszuspannen? Oder suchen wir eine veränderte Anstrengung? Und Heinrich Mann findet, daß auch diese Anstrengungen zu wertvollen Zielen führen können. Darab Rechenberg zeigt einen Partier Bilderbogen in 27 Aufnahmen, welche eine Typologie der bunten Menschenwelt des Pariser Montmartre und Montparnasse mit schlagendem Blick vor Augen führen: Fremde, den Amerikaner, den Deutschen — Einheimische; den Kleinbürger, den Rentier, den Probingler aus dem Süden, alle Abarten des Bohemiens bis zum „Clochard“, Gesichter aller Rassen bis zum Kabiné des „Bal nègre“. Ein brillantes Beispiel lebenssprühender Photo-reportage! Eine Reihe kurzer Beiträge eröffnet Einblicke in das unbekannte Südamerika: Dr. Wolf Müller erzählt von der rätselhaften peruanischen Ruinenstadt Machu Picchu und den kürzlich entdeckten „Observatorien“ der Inkas. Ein weiterer Beitrag handelt von der Abstammung und dem Leben der letzten Ureinwohner von Peru. Carolus Asper berichtet an Hand höchst interessanter Bilder über die Dienste, die die deutsch-kolumbianische Flugtransportgesellschaft der Erforschung des unerforschten Kolumbiens geleistet hat. Friedrich Wölfel läßt uns eine Erstbegehung in den Andenbergen miterleben; die grandiosen Landschaften um den Titacaca werden uns in Tiefdruckbildern und unergreiflicher Eindringlichkeit zur Anschauung gebracht. Das Gesamtresultat bei der Geburt der römischen Brunnschiffe aus dem Nemisee wird von Prof. Bombe mit zahlreichen Bildern zusammenfassend gewürdigt. Erzählungen von Jack London und dem ausgezeichneten peruanischen Dichter Ventura Garcia Calderon beschließen den anregenden, lebendigen Reichtum dieses Festes.

Große Festhalle
Sonntag, den 18. Mai, 20 Uhr
Einziges Gastspiel
Otto Reutter
Deutschlands populärster Humorist
Mitwirkung:
Das Streicherorchester der Karlsruher
Polizei-Kapelle unter Leitung von Ober-
musikmeister Meisig,
Willy Eder (Klavierbegleitung)
Karten zu 2,20, 3,30, 4,40, 5,50 und 6,60 RM. bei
KURT NEUFELD, Waldstr. 81 (rechte Saalhälfte)
und bei
SCHLAILE, Kaiserstr. 175 (linke Saalhälfte)

PORPHYRWERK
DOSENHEIM
HANS VATER
DOSENHEIM & BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS-
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-
MATERIAL

WIR WERBEN
FÜR SIE!

Bruchsal. D. 494
Güterrechtsregistereintrag
Vd. 1, S. 216: Barth Franz,
Kupferschmied in Bruchsal,
und Anna geb. Kropp. Ver-
trag vom 16. April 1930.
Errungenschaftsgemein-
schaft des BGB.
Bruchsal, 9. Mai 1930.
Amtsgericht I.

Bruchsal. D. 493
Güterrechtsregistereintrag
Vd. 1, S. 215: Jung Otto,
Kaufmann in Bruchsal,
und Elisabeth geb. Kafer.
Vertrag vom 8. Nov. 1927.
Errungenschaftsgemein-
schaft §§ 1519 ff. Das in
§§ 1 und 2 des Vertrags be-
zeichnete Vermögen der
Ehefrau, sowie alles, was
sie künftig durch Erbschaft,
Schenkung oder als Pflicht-
teil erwirbt, ist ihr als
Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 8. Mai 1930.
Amtsgericht I.

Bruchsal. D. 492
Güterrechtsregistereintrag
Vd. 1, S. 214: Geider Lud-
wig, Zigarettenfabrikant in
Weißer, und Maria geb.
Schäfer. Vertrag vom
21. März 1930. Gütertren-
nung des BGB.
Bruchsal, 8. Mai 1930.
Amtsgericht I.

Das Stoffbüro der
Reichsbahndirektion Karlsru-
he versteigert Freitag,
16. Mai 1930, beginnend
8 Uhr, im Gerätehaupt-
lager Karlsruhe, alter
Personenbahnhof, Ein-
gang Rüppurrer Straße,
gegen Barzahlung alte
Geräte, darunter: Bänke,
Tische, Karren, Werkbän-
ke, Schraubhöhe, Hebe-
zeuge, Winden, elektrische
Klingelwerke, Leinenab-
fälle, alte Schutzkleider,
Abfallholz. D. 477

Badisches Landestheater
Donnerstag, 15. Mai
*D 24 (Donnerstagniete)
Zs.-Gm. (Sonderoper) 1201
bis 1300
Der fidele Bauer
Operette von Fall
Dirigent: Keilberth
Regie: Ammermann

Mitwirkende:
Blank, Genter, Seiberlich,
Aras, Kallab, Köhler,
Kurz, Müller, Sauer, Schä-
fer, Tubach, F. Gröbinger,
Kainbach, Kiefer, Kloebe,
Rauffötter, Röser, Rentwig,
Breiter, Aras, Kilian, Vin-
demann, Nagel, Midimus.
Anfang 19 Uhr. Ende 22
Preise C (1-7 RM)
Fr., 16. Mai: Tiefland.
Sa., 17. Mai, zum ersten
Male: Brille China.
So., 18. Mai: Die Meister-
finger von Nürnberg.
Mo., 19. Mai: Lohengrin.

Städtische Sparkasse Hohenheim

(Öffentliche Spar- und Kreditanstalt)

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kasse	52 415,85	1. Spareinlagen	1 691 402,82
2. Kontokorrente	511 065,27	2. Kontokorrente	71 668,34
3. Hypotheken	1 249 437,05	3. Zentralkonto	171 142,33
4. Schuldschein	188 306,-	4. Zinskassenertrag	1 310,13
5. Gemeindepfandbriefe	40 000,-	5. 3 1/2 %iger freiwillig. Zins- zuschuß an die Aufwer- tungssparver für 31. De- zember 1929 =	7 330,-
6. Discontowechsel	34 404,55	6. Rücklagen auf Debitoren	6 000,-
7. Zinskassenertrag	1 006,75	7. Ausgaberrückstände	7 600,-
8. Postcheckguthaben	813,87	8. Neubaufonds	10 000,-
9. Betriebsfonds beim Ver- band	54 500,-	9. Sonderrücklagefonds	2 984,95
10. Goldmark. Zinsrück- stände	4 897,25	10. Reservefonds	152 857,04
11. Vorrisse und Wieder- ertrag	542,54	11. Ertrag an die Aufwer- tung	24 750,52
12. Immobilien	1,-	Aufwertung:	
13. Bauplatz	9 255,-	12. Gef.-Aufw.-Spareinlag. betragen	383 867,71
14. Mobilien	1,-	ab vorzeitig geleist. Rück- zahlungen	145 752,05
Aufwertung:		13. Aufwertungssparfod.	7 414,52
15. Hypotheken	188 315,31	2 392 476,81	
16. Gemeindepfandbriefe	32 001,-		
17. Zinsrückstände	463,35		
18. Ertragforderung an die laufende Wirtschaft	24 750,52		
2 892 476,31			

Zu den Aufwertungsspareinlagen sei vermerkt:
1. bis 1. Januar 1930 waren 33%, aller Ansprüche zurückbezahlt;
2. die Sparkasse leistet für das Jahr 1929 zu den gesetzl. Zinsen einen freiwilligen Zinszuschuß von 3%, an die Ende 1929 noch bestehenden Guthaben; der Zinszuschuß wird der vereinfachten Verbuchung wegen mit den 1930er Zinsen zugeschrieben.

Berechnung der Rücklagen:

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:
8% aus 1 763 071,16 RM Ges.-Einlagen = 141 045,69 RM
der gesetzliche Reservefonds beträgt 152 857,04 RM
Somit mehr 11 811,35 RM

Hohenheim, den 30. April 1930. D. 497
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Klein, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Engelberth, Verwalter.

Druck G. Braun, Karlsruhe